

15.10.2011

Linke-Vorstand kritisiert Verfahren gegen Hahn und Ramelow

Aufruf zur Beteiligung an Anti-Nazi-Protesten in Dresden im Februar 2012

Erfurt (dapd-lsc). Der Bundesvorstand der Linken fordert die sofortige Einstellung der Verfahren gegen die Vorsitzenden der Linksfraktionen in den Landtagen von Thüringen und Sachsen, Bodo Ramelow und André Hahn. Das teilte die Partei am Samstag mit. Wegen der Teilnahme an den Protesten gegen den Naziaufmarsch im Februar in Dresden war die Immunität der beiden Politiker aufgehoben worden. Sie sollen gegen das Versammlungsgesetz verstoßen haben.

Friedlicher Widerstand sei keine Straftat, sagte Ramelow am Samstag in Erfurt. "Zivilcourage ist unsere Pflicht. Die Kriminalisierung der Anständigen schränkt unser demokratisches Grundrecht auf Protest ein. Wir brauchen den Mut von Bürgerinnen und Bürgern, sich den Rechten entgegenzustellen - lange genug ist der Aufstand der Anständigen gefordert worden, das Gesicht zeigen gegen menschenverachtende Ideologie."

Es könne nicht sein, dass jetzt diejenigen kriminalisiert werden, die den geforderten Mut aufbringen und aktiv mit allen Anderen verhindert haben, dass der größte Naziaufmarsch in Europa durch Dresden marschiert, kritisierte Ramelow. Ein Gutachten des wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages belege, dass es für eine Strafverfolgung in den Jahren 2010 und 2011 ohnehin keinerlei Rechtsgrundlage gibt. Der Parteivorstand rief die Linke-Mitglieder und Sympathisanten auf, sich an den Anti-Nazi-Protesten in Dresden im Februar 2012 erneut zu beteiligen.

Die Anklagebehörde wirft Ramelow vor, bei einer Demonstration gegen Rechtsextreme in Dresden im Jahr 2010 durch eine Sitzblockade gegen das Versammlungsrecht verstoßen zu haben. Hahn soll Blockaden gegen den Neonazi-Aufmarsch als "Rädelsführer" mitorganisiert haben.

Im Februar 2010 hatten Tausende Menschen mit Blockaden rund um den Bahnhof Dresden-Neustadt einen genehmigten Aufmarsch von Rechtsextremisten verhindert. Außer Hahn und Ramelow müssen auch die Linke-Fraktionschefs in Hessen, Janine Wissler und Willy van Oyen, mit einem Prozess rechnen. In Hessen liegt das Immunitätsverfahren derzeit allerdings auf Eis.

dapd

<http://www.freiepresse.de/NACHRICHTEN/SACHSEN/Linke-Vorstand-kritisiert-Verfahren-gegen-Hahn-und-Ramelow-artikel7790275.php>

25.10.2011

Polizeiaktion im "Haus der Begegnung":

Gericht erklärt Razzia erneut als rechtswidrig

Das Dresdner Amtsgericht hat zum nunmehr fünften Mal die Polizeirazzia am 19. Februar 2011 in Dresden für rechtswidrig erklärt. Wie Anwalt und Linken-Politiker André Schollbach am Dienstag mitteilte, hat das Gericht auch die Durchsuchung einer Privatwohnung als unrechtmäßig bezeichnet. Das Gericht habe ihm den entsprechenden Beschluss zugesandt. Bisher wurden bereits die Durchsuchung eines Anwaltsbüros und eines Parteibüros der Linken sowie die erkennungsdienstliche Behandlung zweier Mitarbeiter als rechtswidrig eingestuft.

Schollbach: Betroffene sind rehabilitiert

Wie André Schollbach dem MDR sagte, gehört die Privatwohnung einer Frau, die Mitglied der Linken ist. Sie sei zu Beginn der Razzia nicht zu Hause gewesen. Polizei und SEK seien gewaltsam in die Wohnung eingedrungen, hätten sie durchsucht und technische Geräte beschlagnahmt.

Mit den bisherigen Beschlüssen ist laut Schollbach ein wichtiges Ziel erreicht worden: Die Betroffenen wurden rehabilitiert. "Sie standen ja bundesweit im Zwielficht und das ist jetzt nicht mehr so." Die Gerichtsentscheidungen seien aber auch auf politischer Ebene von Bedeutung: "Das Thema wird im Landtag sicherlich noch einmal eine Rolle spielen", erläutert Schollbach. "Dort wird man sich die Frage stellen, wie es trotz der Anwesenheit eines Staatsanwaltes so weit kommen konnte." Ein weiteres Verfahren ist derzeit vor Gericht noch anhängig. Der Förderverein "Haus der Begegnung", dem das Gebäude gehört, will ebenfalls die Rechtmäßigkeit des Einsatzes gerichtlich klären lassen.

Razzia im falschen Haus

Am Abend des 19. Februar haben rund 120 Polizeibeamte, darunter ein Spezialkommando des Landeskriminalamtes, das "Haus der Begegnung" gestürmt. Die Haupteingangstür wurde nach Darstellung der Linken mit einer Kettensäge zerlegt, 20 Personen kamen über Nacht in Polizeigewahrsam. Später stellte sich heraus, dass der Durchsuchungsbeschluss eigentlich für ein anderes Haus ausgestellt worden war. Landeskriminalamt und Staatsanwaltschaft stellten das später als Versehen dar. Das LKA hatte nach eigenem Bekunden Hinweise erhalten, dass sich in dem Gebäude Linksextreme aufhielten, die Gewalttaten koordinieren wollten. An besagtem Tag hatte es in Dresden am Rande von Anti-Nazidemonstrationen schwere Ausschreitungen gegeben.

Unterdessen teilte die Dresdner Staatsanwaltschaft am Dienstag mit, gegen einen 23 Jahre alten Mann Anklage wegen gefährlicher Körperverletzung und Landfriedensbruchs im besonders schweren Fall erhoben zu haben. Ihm werde vorgeworfen, am 19. Februar mit etwa 300 Gleichgesinnten Polizisten mit Pflastersteinen und Feuerwerkskörpern angegriffen zu haben. Der 23-Jährige selbst soll 50 Pflastersteine geworfen haben.

Zuletzt aktualisiert: 25. Oktober 2011, 18:09 Uhr

(<http://www.mdr.de/sachsen/dresden/razzia-dresden100.html>)

26.10.2011

Blockade in Warschau

**Berliner Antifaschisten wollen Nazigegner in Polen unterstützen.
Jährlicher Aufmarsch im November soll verhindert werden.
Infoveranstaltung über rechte Strukturen im Nachbarland**

Von Victoria Swoboda

Der Tag der Unabhängigkeit am 11. November ist einer der wichtigsten Feiertage in Polen. Seit Jahren versuchen Neofaschisten, den Tag für sich zu nutzen und durch Warschau zu marschieren. Im vergangenen Jahr kamen mehr als 1700 Rechte zu dem Aufzug. Zum ersten Mal kam es aber auch zu nennenswertem Widerstand. ***Inspiriert von den erfolgreichen Massenblockaden in Dresden und anderswo versuchten polnische Antifaschisten es mit einem ähnlichen Konzept.*** Ein breites Bündnis, unterstützt durch Vereine, Initiativen und Einzelpersonen, wurde geschmiedet, um dem Treiben der Nazis ein Ende zu setzen. 3500 Nazigegner fanden sich schon in den frühen Morgenstunden des 11. November in der Warschauer City ein, und es gelang ihnen, was noch ein Jahr zuvor unmöglich erschien: Der rechte Aufmarsch wurde erstmalig umgeleitet und konnte nicht durch die Innenstadt ziehen. In Berlin rufen die Antifaschistische Linke (ALB) und siempre antifacista in diesem Jahr zur Unterstützung der Nazigegner in Polen auf und haben zu diesem Zweck eine Reihe von Veranstaltungen organisiert, um unter anderem über die zahlreichen Neonazigruppierungen im Nachbarland zu informieren.

Hauptakteure des Aufmarsches am 11. November sind das »Radikale Nationale Lager« (ONR) und die wieder erstarkte »Allpolnische Jugend« (MW), die Teil der katholisch-fundamentalistisch geprägten Partei »Liga der Polnischen Familien« (LPR) ist. Mit dabei sind auch Mitglieder der »Nationalen Wiedergeburt Polen« (NOP), der »Polnischen Nationalen Partei« (PPN) und der »Nationalen Partei« (SN).

Neben Neonazis, die in Parteien organisiert sind, wächst die Szene, die in Deutschland mit den sogenannten Kameradschaften und den »Autonomen Nationalisten« vergleichbar ist. Sie sind vor allem in Fußballstadien und Internetforen aktiv und veranstalten zum Beispiel Konzerte über das polnische »Blood and Honour«-Netzwerk, um Nachwuchs zu rekrutieren. Im Internet konzentrieren sich die militanten Rechten auf das Veröffentlichen von Namen und Bildern ihrer Gegner, den »Feinden der weißen Rasse«. In Hooligangruppierungen wird mit Transparenten wie »Die arische Horde rückt an« oder »Tod allen Krummnasen« Stimmung gemacht. Zu den rechten Parteien gibt es eine Reihe von Querverbindungen. So rekrutiert zum Beispiel die »Nationale Wiedergeburt« einen Teil ihrer Anhängerschaft in Fußballstadien. Die NOP agierte von 1981 bis 1989 als illegale antikommunistische Organisation und ist eine der gewalttätigsten rechten Gruppierungen in Polen. Seit 1992 hat sie den Parteienstatus und kann ihre antisemitische Propaganda, Publikationen mit Texten von Holocaust-Leugnern wie David Irving und ihre Hetze gegen Homosexuelle legal verbreiten.

Radikal homophobe Aussagen kommen auch von den katholisch-fundamentalistischen Parteien wie der »Liga der Polnischen Familien«. Die LPR wurde 2001 von Gegnern des bevorstehenden EU-Beitritts Polens gegründet und erhielt noch im selben Jahr knapp acht Prozent der Stimmen und 38 Mandate, 2005 ging sie mit dem gleichen Ergebnis eine Regierungskoalition mit den Parteien »Recht und Gerechtigkeit« (PiS) und »Selbstverteidigung« ein. Die PiS mit Jarosaw Kaczyski an

der Spitze propagiert extrem konservative Werte in bezug auf Abtreibungen, Homosexualität und die Legalisierung leichter Drogen und steht für eine Wiedereinführung der Todesstrafe in Polen. Zwei Jahre nach der Koalition verlor die LPR bei den vorgezogenen Parlamentswahlen 2007 jedoch sieben Prozent ihrer Stimmen, und es kam zu Abspaltungen.

Das außerparlamentarische rechte Spektrum ist hinsichtlich seiner Stärke nur schwer einzuschätzen. Es ist nicht bekannt, wie viele Gruppierungen es überhaupt gibt, da staatliche Organe keine Untersuchungen darüber führen. Es gibt keine offizielle Statistik über die Anzahl neonazistischer Gewalttaten oder von Morden. Auch die Polizei listet diese Taten nicht gesondert auf. Die Initiative »Nigdy wecej« (»Nie wieder«, www.nigdywiecej.org) führt eine eigene Bilanz rechter Übergriffe, nach der es jährlich etwa 300 Fälle von derartiger Gewalt in Polen gibt. Nach Zählungen von »Nie wieder« haben Neonazis in Polen seit 1989 mehr als 50 Menschen ermordet.

heute, 19.30 Uhr, KP, Kinziger Str.9, Berlin-Friedrichshain: »Naziaufmarsch in Warschau blockieren«, Infoveranstaltung der ALB und von Siempre Antifacista

(<http://www.jungewelt.de/2011/10-26/006.php>)

Razzia komplett rechtswidrig Gericht lässt Einsatz in Dresden nicht durchgehen

Dresden (dpa/nd). Die rabiate Polizeirazzia nach den Neonazi-Aufmärschen am 19. Februar in Dresden war auf ganzer Linie rechtswidrig. Nachdem Dresdner Amtsrichter bereits die Durchsuchung eines Anwaltsbüros sowie eines Parteibüros der Linkspartei und die erkennungsdienstliche Behandlung zweier Mitarbeiter als rechtswidrig einstufte, gab es dieses Urteil (AZ: 270 Gs 3762/11) nun auch für die Durchsuchung einer Privatwohnung in dem Gebäude. »Das Vorgehen der sächsischen Strafverfolgungsbehörden war ein Akt der Willkür und hat geltendes Recht in gravierender Weise verletzt«, erklärte Anwalt André Schollbach am Dienstag.

»Es wäre zu begrüßen, wenn die sächsischen Strafverfolgungsbehörden die Entscheidungen des Gerichts zum Anlass nehmen würden, dem Rechtsstaatsprinzip künftig die angemessene Aufmerksamkeit zukommen zu lassen«, formulierte Schollbach weiter. Der Anwalt hatte auch für die Mieterin der Wohnung, ein Mitglied der LINKEN, die Rechtmäßigkeit der Durchsuchung gerichtlich klären lassen. Jurist Schollbach ist Chef der LINKEN im Dresdner Stadtparlament.

Am Abend des 19. Februar 2011 hatte ein Spezialkommando des Landeskriminalamtes (LKA) das »Haus der Begegnung« gestürmt. Die Anordnung zur Durchsuchung war allerdings für ein anderes Haus ausgestellt. LKA und Staatsanwaltschaft stellten das später als Versehen dar.

Nach Angaben der LINKEN drangen etwa 120 verummte Beamte in das Gebäude ein, nachdem die Haupteingangstür mit einer Kettensäge zerlegt wurde. 20 Personen mussten eine Nacht in Polizeizellen verbringen. Mobiltelefone, PC und Laptops wurden beschlagnahmt.

(<http://www.neues-deutschland.de/artikel/209755.razzia-komplett-rechtswidrig.html>)

Naziausflug in die „Reichshauptstadt“

Von [Johannes Radke](#) 26. Oktober 2011 um 12:57 Uhr

Rund 50 Neonazis aus Sachsen und Berlin haben am vergangenen Samstag vergeblich versucht sich unter die Occupy-Proteste in Berlin zu mischen. Die Polizei konnte die Rechtsextremisten

rechtzeitig stoppen. Nachdem die Gruppe am Abend noch in einem [Nazizentrum in Lichtenberg](#) gefeiert hatte, kam es in der Nacht zu einem versuchten Angriff mit Äxten und Pfefferspray auf alternative Jugendliche.

Die Polizei bemerkte die Neonazis am Samstagnachmittag vor dem Deutschen Historischen Museum. „Als die Gruppe kurz darauf geschlossen auf dem Gehweg der Straße Unter den Linden in Richtung Brandenburger Tor lief, wurde sie von Einsatzkräften der 13. Einsatzhundertschaft angehalten und überprüft“, heißt es in einer Pressemeldung. Zur selben Zeit fand nur wenige hundert Meter entfernt eine Occupy-Demonstration statt. Offenbar wollten sich die Rechtsextremisten, wie in anderen Städten geschehen, unter die Demonstranten mischen. In der Gruppe befanden sich auch Mitglieder der verbotenen Kameradschaft Frontbann 24. Die Polizei erteilte den Rechten Platzverweise und behielt sie den restlichen Tag im Auge. Ein 36-Jähriger Neonazi erhielt eine Anzeige wegen Verstoßes gegen das Waffengesetz, weil er ein Einhandmesser bei sich trug.

Im Internet beschwerte sich später der stellvertretende sächsische NPD-Landesvorsitzende Maik Scheffler über die Reaktion der Polizei auf die „Kulturfahrt der JN-Sachsen und dem Freien Netz Sachsen“. Auf der Internetseite des „Aktionsbüros Nordsachsen“ lassen sich die „Kameraden“ ebenfalls über die Polizeikontrolle aus: „Wie weit ist es im ‘freisten’ Deutschen Staat, den es je gegeben hat, schon gekommen? Das junge Deutsche nicht mal mehr ihre Heimat, ihre Hauptstadt erkunden dürfen.“ Trotzdem habe man Abends noch im „Nationalen Jugendzentrum Berlin“ gefeiert.

Auf Fotos posiert Scheffler biertrinkend mit dem Berliner Neonazifunktionär und NPD-Landesvorstandsmitglied Sebastian Schmidtke in dem neuen [Nazizentrum in der Lückstraße in Lichtenberg](#). „War trotz Polizeischikane ein toller Tag. Immer wieder gerne. Auf die Achse Sachsen-Berlin“, lobt Schmidtke die Aktion. Andere User bedanken sich bei den „Berliner Kameraden“ für die gute Gastfreundschaft und hoffe auf eine „baldige Wiederholung“.

Die Polizei, die die Rechtsextremisten zu den Räumen in der Lückstraße begleitet hatte, betont hingegen es habe nach ihren Erkenntnissen keine Veranstaltung in dem Szenetreffpunkt geben. Die angereisten Rechtsextremisten hätten sich „kurz nach Betreten des Gebäudes mit einem Bus in Richtung Sachsen entfernt.“

Nach Informationen der [Antifa Hohenschönhausen](#), kam es jedoch in der selben Nacht nahe des Nazizentrums zu einem brutalen Angriffsversuch: „Gegen 3 Uhr haben mindestens 3 mit Sturmhauben verummte Nazis mehrere junge Erwachsene in der Lückstraße gejagt. Die Neonazis waren mit Äxten und Pfefferspray gewaffnet. Die Gejagten konnten unverletzt entkommen“, schreibt die Gruppe.

(http://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2011/10/26/naziausflug-in-die-%E2%80%99Ereicherungshauptstadt-%E2%80%99C_7374)

Regionalstudio Dresden - Nachrichten um 15:30 Uhr

Anklage wegen Randalen am 19. Februar

Wegen eines Angriffs mit Pflastersteinen auf Polizisten bei Anti-Neonazi-Protesten in Dresden ist gegen einen 23-Jährigen Anklage erhoben worden. Der junge Mann muss sich wegen gefährlicher Körperverletzung und Landfriedensbruchs im besonders schwerem Fall verantworten. Er soll am 19. Februar gemeinsam mit 300 Gleichgesinnten Polizisten angegriffen haben. Dabei wurden sieben Beamte verletzt. Bei einer Verurteilung droht dem 23-Jährigen eine Haftstrafe von bis zu zehn Jahren. [...]

(<http://www.mdr.de/sachsen/dresden/nachrichten114.html>)

